

**Wirtschafts- und Infrastrukturbank
Hessen**

Unternehmens- und
Transformationsfinanzierung II,
HC 537200 HELABA - CAMPUS
Kaiserleistraße 29 - 35 63067
Offenbach am Main

Kooperationspartner

Name des/der Beraters/in

E-Mail

Telefon/Fax

Ich habe bereits einen Antrag auf Hessen-Mikrodarlehen gestellt:

Ja (wenn ja, bei welchen Kooperationspartner

; wann

Nein

Antrag auf Gewährung eines Hessen-Mikrodarlehens über**EUR**

Name, Vorname

Geburtsdatum

Geburtsort

Privatanschrift
(Straße, PLZ, Ort)

Telefon

E-Mail

künftige Betriebsstätte
(Straße, PLZ, Ort)

geplante Rechtsform

Branche

Gründungsdatum

Antragsteller/in ist immer die Einzelperson bzw. ausschließlich Einzelfirmen. Sofern eine Gesellschaft (Personen- oder Kapitalgesellschaft) zum Betreiben des Gewerbes bzw. der selbstständigen Tätigkeit gegründet wird, kann das Hessen-Mikrodarlehen von einem(r) Gesellschafter/in zur Einbringung von Kapital in diese Gesellschaft genutzt werden.

Vorhandene
Arbeitsplätzeneue Arbeitsplätze
(inkl. Kreditnehmer)**Bankverbindung:**

Hier ist ausschließlich ein Firmen- bzw. Geschäftsgirokonto anzugeben. Kein Privatgirokonto! Sofern noch kein Firmen- bzw. Geschäftsgirokonto besteht, sind diese Felder nicht auszufüllen.

IBAN:

Institut

Bitte beschreiben Sie Ihre **Geschäftsidee**:

Bitte erläutern Sie, wofür die beantragten Kreditmittel benötigt werden. Begründen Sie auch die Notwendigkeit der Investitionen und/oder des Betriebsmittelbedarfs.

Zusammenfassung Finanzierungsbedarf und der geplanten Finanzierungsstruktur

Mehrwertsteuerbeträge können nur mitfinanziert werden, wenn Sie nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind.

Ich bin vorsteuerabzugsberechtigt: Ja Nein

Wenn ja, sind die nachfolgenden Kosten ausschließlich ohne Umsatzsteuer (Netto) anzugeben. Ergibt sich aus dem Umsatzsteuergesetz; u.a. ist hier § 19 zu beachten:
 Link:
http://www.gesetze-im-internet.de/ustg_1980/_19.html

Finanzierungsbedarf	EUR	Finanzierungsstruktur	EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung		Eigenkapital (z.B. Geld, Sachvermögen)	
Betriebsmittelbedarf (Liquidität)		Hessen-Mikrodarlehen	
Summe		Summe	

Finanzierungsbedarf (Kosten) und Finanzierungsstruktur (Finanzierungsmittel) müssen in der Summe identisch sein!

Über welche **Voraussetzungen** zur Führung eines Unternehmens verfügen Sie? Gehen Sie bitte insbesondere auf Ihre **kaufmännischen** und Ihre **fachlichen** Qualifikationen und Erfahrungen ein.

Wer sind Ihre **Kunden**?

Beschreiben Sie die **Markt- und Wettbewerbssituation** in Ihrem Geschäftsgebiet/Branche:

Warum wird Ihr **Produkt** und/oder Ihre **Dienstleistung** gekauft?

Welche **Vermarktungsaktivitäten** (Werbe- und Vertriebsmaßnahmen) planen Sie?

Warum ist der **Standort bzw. das Einzugsgebiet** für eine positive Unternehmensentwicklung geeignet?

Geplante Geschäftsentwicklung (Rentabilitätsplanung):

Bitte erläutern Sie wie sich der geplante **Umsatz** zusammensetzt (Welche **Preise** planen Sie? Von welchen Absatzmengen gehen Sie aus? Wie viele **abrechenbare Stunden** planen Sie? **Bitte Aussagen pro Produkt / Dienstleistung**)

Hinweis:

Bitte stellen Sie den geplanten Umsatz für das Jahr der Antragstellung sowie für die kommenden zwei Kalenderjahre auch zahlenmäßig in der Tabelle auf Seite 8 dar. Für bestehende Unternehmen gilt, dass sich der geplante Umsatz im Jahr der Antragstellung aus den bereits erzielten Ist-Zahlen und den Planzahlen bis zum Jahresende zusammensetzt. Wir gehen davon aus, dass Sie darüber hinaus für das erste Jahr nach der Geschäftseröffnung eine plausible Liquiditätsplanung aufgestellt und mit dem Kooperationspartner besprochen haben sowie dass in dieser die Liquidität Ihres Vorhabens immer sichergestellt ist.

Fortsetzung Erläuterungen zur geplanten Geschäftsentwicklung:

Rentabilitätsplan**1. Jahr bzw.
Jahr der Antragstellung****2. Jahr****3. Jahr****Angaben in EUR (netto)**Bitte entsprechend dem Monat der Gründung anpassen!

Geplanter Umsatz

- Aufwand für Waren-/ Materialeinsatz,
Fremdleistungen
-

= Rohertrag

- Personalkosten
 - Raumkosten
 - Versicherungen
 - Fahrzeugkosten
 - Werbung/Vertrieb
 - gewerbliche Zinsen
 - Abschreibungen
 - sonstige Aufwendungen
-

= Betriebsergebnis

- Tilgung Hessen-Mikrodarlehen
 - Tilgung weitere gewerbliche Kredite
 - geplante Entnahmen
-

= Ergebnis

Selbstauskunft

Persönliche Angaben des Antragstellers / der Antragstellerin

Name			
Vorname			
Geburtsdatum		Familienstand, Güterstand	
Staatsangehörigkeit			
Unterhaltsberechtigter Kinder	Anzahl		Alter
derzeitiger Arbeitgeber (Firma und Anschrift)			

Persönliche Angaben des Ehepartners / Lebenspartners

Jede(r) Partnerin/Partner die/der mit dem/der Antragsteller/in in einer Bedarfsgemeinschaft bzw. häuslichen Gemeinschaft lebt!

Name			
Vorname			
Adresse Wohnsitz			
Straße, PLZ, Ort			
Geburtsdatum		Familienstand, Güterstand	
Staatsangehörigkeit			
Unterhaltsberechtigter Kinder*	Anzahl		Alter
derzeitiger Arbeitgeber (Firma und Anschrift)			

* falls abweichend vom/von der Antragsteller/in

Existenzgründungszuschuss Nr. 1 (in EUR)

Erhalten Sie (voraussichtlich) einen Existenzgründungszuschuss?

Ja

Nein

Wenn ja: Welchen?

in welcher Höhe (monatlich)?

EUR

Für welchen Zeitraum?

Von

bis

Existenzgründungszuschuss Nr. 2 (in EUR)

Erhalten Sie (voraussichtlich) einen Existenzgründungszuschuss?

Ja

Nein

Wenn ja: Welchen?

in welcher Höhe (monatlich)?

EUR

Für welchen Zeitraum?

Von

bis

Künftige sonstige monatliche Netto-Einnahmen des Haushalts (in EUR)

Jede(r) Partnerin/Partner die/der mit dem/der Antragsteller/in in einer Bedarfsgemeinschaft bzw. häuslichen Gemeinschaft lebt!

Sofern Sie in der Anfangsphase der Selbstständigkeit noch Lohn- oder Gehaltszahlungen (z. B. aus Teilzeitarbeitsplatz) beziehen, können diese bei den sonstigen Einnahmen eingetragen werden.

- Nachweise erforderlich -	Antragsteller/in	Ehe-/Lebenspartner/in
Lohn/Gehalt (netto)	- kein Eintrag -	
Renten / Pensionen		
Sonstige Einnahmen, z.B. Kindergeld, Unterhalt		
Vermietung und Verpachtung		
Summe		

Erhalten Sie oder Ihr Ehe-/Lebenspartner ALG II?

Ja

Nein

Wenn ja: in welcher Höhe (monatlich)?

EUR

Für welchen Zeitraum?

Von

bis

Sofern bestimmte Kosten erst später anfallen werden, sind diese mit dem jeweiligen Betrag und Zeitpunkt ab dem diese anfallen in dieser Spalte anzugeben. Dies können z. B. Krankenkassen-beiträge, Einkommensteuerzahlungen, Unterhaltszahlungen, höhere Lebenshaltungskosten sein.

Monatliche Ausgaben des Haushalts (in EUR)

Alle angegebenen Kostenpositionen müssen zwingend bearbeitet werden. Sofern übliche Kosten nicht anfallen (z.B. Kfz-Kosten, künftige Einkommensteuer, Krankenkassenbeiträge, Versicherungsbeiträge, etc.) sind diese Positionen mit einer 0,- zu füllen und zu erläutern, wieso diese nicht anfallen. Dies kann z.B. durch eine formlose Anlage (Word-Dokument) zum Antrag erfolgen.	Monatlich ab Antragstellung	Monatlich ab (Datum)*
Miete für private Wohnung		
Raten für private Immobilienfinanzierung		
Wohnnebenkosten/Gas/Strom/Wasser		
Lfd. Kosten für Kfz (ohne Leasing-Raten)		
Kfz-Leasing-Rate		
Unterhaltszahlungen		
Künftige Einkommensteuer (z.B. gem. geplanten Entnahmen)		
Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung		
Lebens-, Rentenversicherung		
Sonstige Versicherungsbeiträge		
Lfd. Lebenshaltungskosten (Lebensmittel, Kleidung, Freizeit etc.)		
Raten für private Darlehen		
Sonstiges		
Summe		

* Bei wesentlichen Änderungen (z.B. künftige Einkommensteuer, künftige Krankenkassenbeiträge, u. ä.)

Vermögensaufstellung

Vermögen

Eigentümer/ Versicherungsnehmer	Art der Geldanlage (Bar, Sparkonto, Depot, Kapital-LV)	Kreditinstitut / Versicherung	Aktuelles Guthaben/ Rückkaufswert in EUR	Bei Abtretung zur Kreditsicherung: an wen abgetreten

Immobilien

Eigentümer	Eigentumsanteil in Prozent	Art der Immobilie (z.B. EFH, DHH, RH, ETW, Gewerbeobjekt, unbebautes Grundstück)	Verkehrswert in EUR	Grundbuch von / Blatt	Adresse

Verbindlichkeiten (Überprüfen Sie die Übereinstimmung mit der SCHUFA-Auskunft!)

Darlehensnehmer/in	Darlehensgeber (Name der Bank, Versicherung, Privatperson)	Art (z.B. Immobilienfinanzierung, private Darlehen) <i>Angabe Verwendungszweck des Darlehens erforderlich!</i>	Ursprüngliche Kredithöhe in EUR	Aktuelle Kredithöhe in EUR	Rate pro Monat in EUR

Beteiligungen

Eigentümer	Beteiligt bei	Anteil in %	Anteil in EUR	Ggf. Einzahlungsverpflichtung

Bürgschaft

Bürge	Für wen verbürgt?	Wem gegenüber?	Höhe in EUR	Anlass

Folgende Unterlagen sind vollständig einzureichen:

- Vollständig ausgefülltes und unterschriebenes Antragsformular
- De-minimis-Erklärung (WIBank -Formular) ¹
- Tabellarischer Lebenslauf
- Gewerbeanmeldung
- Vollständige Schufa-Auskunft (unter www.meineschufa.de „Daten-übersicht nach § 34 BDSG“) inkl. Basisscore und Kontenaufstellung (**nicht älter als 4 Wochen!**)
- Beim Einsatz von Eigenkapital ist ein Nachweis erforderlich (z.B. Kopie Kontoauszug)
- Nachweis sonstige Einnahmen – auch vom Lebenspartner - (z.B. Gründungszuschuss, ALG II, Lohn/Gehalt, Renten, Unterhalt, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung u. ä.)
- Bei bestehenden Betrieben/Übernahmen:
 - Jahresabschlüsse der letzten beiden Jahre
 - aktuelle Betriebswirtschaftliche Auswertungen (BWA) ²
 - Darstellung der Kaufpreisermittlung
 - Kaufvertrag (ggf. im Entwurf)
 - aktueller Handelsregisterauszug (zzgl. ggf. Gesellschafterliste) ²

Die Gewerbeanmeldung muss - sofern gem. § 14 Gewerbeordnung notwendig - mit Antragstellung, spätestens aber mit Abruf der zugesagten Fördermittel vorliegen! Bei Freiberuflern ist die Anmeldung beim Finanzamt einzureichen!

Siehe Leitfaden "Ihr Weg zur kostenfreien SCHUFA-Auskunft" auf der WIBank-Website

<http://www.wibank.de/de/Foerderprogramme/Wirtschaft/Hessen-Mikrodarlehen-Programmseite.html>

Die SCHUFA-Auskunft sollte zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als 4 Wochen sein.

Bezüge des ALG I und II sowie eines Existenzgründungszuschusses sind uns zwingend anhand geeigneter Belege (z. B. Bewilligungsbescheid) nachzuweisen.

Jede(r) Partnerin/Partner die/der mit dem/der Antragsteller/in in einer Bedarfsgemeinschaft bzw. häuslichen Gemeinschaft lebt!

Sofern die Selbstständigkeit mehr als ein halbes Jahr besteht, ist zumindest eine Übersicht der bisherigen erwirtschafteten Zahlen einzureichen.

¹ steht als Download unter www.wibank.de/wibank/hessen-mikrodarlehen zur Verfügung:

² nicht älter als 3 Monate

Sonstige beigefügte Unterlagen:

Einverständniserklärung unverschlüsselter E-Mailverkehr

Auf Grund von Datenschutz- und Sicherheitsbestimmungen ist es im E-Mail-Verkehr lt. Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) grundsätzlich untersagt, personenbezogene Daten in einfachen, unverschlüsselten E-Mails zu versenden. Für den Fall, dass Sie Ihren Schriftverkehr in Zukunft dennoch per E-Mail führen möchten, ist abweichend von den aktuellen Bestimmungen ein Versand solcher Daten in einfachen, unverschlüsselten E-Mails nur dann zulässig, wenn die nachfolgende von Ihnen unterzeichnete Erklärung vorliegt.

Einverständniserklärung:

Firma:

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Ort:

Ich bin mit der Korrespondenz, bzw. der Zusendung von Daten im PDF-Format per „einfacher“ d.h. nicht verschlüsselter E-Mail einverstanden. Mir ist bekannt, dass die mir so zugesandten E-Mails personenbezogene Daten enthalten können. Die Risiken, die mit dem Versand solcher E-Mails verbunden sind – insbesondere die unbefugte Kenntnisnahme und Verwertung durch Dritte – sind mir bewusst. Insbesondere bin ich mir bewusst, dass bei einer unverschlüsselten Kommunikation via E-Mail die grundsätzliche Gefahr besteht, dass diese auf dem Übertragungsweg verlorengehen oder möglicherweise von Dritten gelesen und sogar geändert werden können. In Kenntnis dieser Gefahr wünsche ich die Korrespondenz per E-Mail an folgende E-Mail-Adresse(n) ohne weitere Sicherungsmaßnahmen.“

E-Mail:

E-Mail:

E-Mail:

E-Mail:

E-Mail:

E-Mail:

E-Mail:

E-Mail:

Datum, Unterschrift

Nachfolgend vom/von der Antragsteller/-in zu bestätigen:

Ich bestätige, dass

- innerhalb der letzten 5 Jahre weder eine eidesstattliche Versicherung nach § 807 ZPO (früher „Offenbarungseid“) abgegeben wurde noch Zwangsvollstreckungsmaßnahmen stattgefunden haben, einschließlich Haftbefehl,
- zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Vermögensauskunft nach § 802c ZPO (früher: eidesstattliche Versicherung) erteilt wurde,
- zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine unerledigten Negativmerkmale in der SCHUFA-Auskunft bestehen,
- zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Unternehmensinsolvenz und/oder kein Privatinsolvenzverfahren besteht noch eingeleitet wurde.

Ich bestätige, dass obige Angaben richtig und vollständig sind. Ich verpflichte mich, der WIBank Hessen auf Anforderung die entsprechenden Nachweise vorzulegen.

Mir ist bekannt, dass die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen Auskünfte bei Versicherungen, Behörden und sonstigen Stellen, insbesondere Kreditinstituten, einholt, die sie zur Beurteilung dieses Antrages für erforderlich hält. Des Weiteren ist mir bekannt, dass die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen und ihre Kooperationspartner sich gegenseitig über diesen Antrag sowie über die hierzu eingereichten Unterlagen austauschen und die Daten weitergeben. **Insofern entbinde ich alle vorstehend genannten Stellen von ihrer Verschwiegenheitspflicht. In diesem Rahmen befreie ich die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen zugleich vom Bankgeheimnis.**

Die "Datenschutzhinweise für Kunden und Betroffene" der WIBank habe ich zur Kenntnis genommen.

Mir ist bekannt, dass die nachstehend aufgeführten Angaben in diesem Antrag sowie ggf. in den Anlagen anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des StGB sind und Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

- Angaben zum Antragsteller, Wirtschaftszweig, Art der gewerblichen Tätigkeit
- Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse, Beteiligungsverhältnisse
- Vorförderung, Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen
- Angaben zur beantragten Förderung/ dem beantragten Investitionsvorhaben, soweit sie als Tatsache bereits heute sicher feststehen
- Investitionsort und Beginn des Vorhabens

Mir ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Mir sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde ich jede Abweichung von den voranstehenden Angaben unverzüglich der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen mitteilen.

Ort/Datum

Antragsteller/Antragstellerin

Erklärung über „De-minimis“-Beihilfen

im Sinne der EU-Verordnungen für De-minimis-Beihilfen

NAME DES ANTRAGSTELLENDEN UNTERNEHMENS		Ist das Unternehmen im gewerblichen Straßengüterverkehr tätig?*
STRAßE, HAUSNUMMER		
PLZ	ORT	
		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

1. Definitionen und Erläuterungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als „ein einziges Unternehmen“ im laufenden sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren erhalten hat.

Für die Zwecke der De-minimis-Verordnungen sind die Unternehmen als *ein einziges Unternehmen* zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- Ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen,
- Ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- Ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.

Im Falle einer *Fusion* oder *Übernahme* müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren gewährt wurden, angegeben werden. Im Zuge von *Unternehmensaufspaltungen* werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist dies nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

2. Erklärung

Hiermit bestätige/en ich/wir, als ein einziges Unternehmen gemäß Punkt 1 im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren¹

- keine
 folgende*

Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt zu haben:

- „Allgemeine-De-minimis-Beihilfen“ im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (Amtsblatt der EU Nr. L 352/1 vom 24. Dezember 2013, in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020, Amtsblatt der EU Nr. L 215/3 vom 7. Juli 2020)
- „Agrar-De-minimis-Beihilfen“ im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (Amtsblatt der EU Nr. L 352/9 vom 24. Dezember 2013, in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2019/316 der Kommission vom 21. Februar 2019, Amtsblatt der EU Nr. L 51 I/1 vom 22. Februar 2019)

- „Fisch-De-minimis-Beihilfen“ im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (Amtsblatt der EU Nr. L 190/45 vom 28. Juni 2014 in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2020/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2020, Amtsblatt der EU Nr. L 414/15 vom 9. Dezember 2020)
- DAWI-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen (Amtsblatt der EU Nr. L 114/8 vom 26. April 2012, in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2020/1474 der Kommission vom 13. Oktober 2020, Amtsblatt der EU Nr. L 337/1 vom 14. Oktober 2020).

Antragsteller und ggf. Unternehmen des Verbundes (gem. 1. Definitionen und Erläuterungen)	Datum Zuwendungsbescheid/ Vertrag**	Beihilfegeber	De-minimis-Beihilfen***	Beihilfewert in € ²

Mir/Uns ist bekannt, dass De-minimis-Beihilfen nicht mit anderen Beihilfen für dieselben förderfähigen Aufwendungen kumuliert werden dürfen, wenn die aus der Kumulierung resultierende Förderintensität diejenige Förderintensität übersteigen würde, die in einer Gruppenfreistellungsverordnung oder in einer von der Kommission verabschiedeten Entscheidung hinsichtlich der besonderen Merkmale eines jeden Falles festgelegt wurde. Weitere Förderungen für dieselben förderfähigen Aufwendungen habe ich/haben wir hat das Unternehmen

nicht erhalten,

in Höhe von € im Rahmen des Förderprogramms erhalten/beantragt.*

Mir/Uns ist bekannt, dass diese Angaben, insbesondere die (Nicht-) Berücksichtigung eines Unternehmens (-verbundes) als „einziges Unternehmen“ bei den Angaben über erhaltene/beantragte De-minimis-Beihilfen, die Beihilfewerte und das Bewilligungsdatum, subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) i.V.m. dem Hessischen Subventionsgesetz vom 18. Mai 1977 i.V.m. § 2 Subventionsgesetz (SubvG) für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung der Beihilfe sind und dass ein Subventionsbetrug nach § 264 StGB i.V.m. §§ 2, 4 SubvG strafbar ist. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, Ihnen unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir diese bekannt werden. Mir ist auch bekannt, dass auch Scheingeschäfte, Scheinhandlungen und der Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten zu einer Strafverfolgung nach o.g. Vorschriften führen können.

	STEMPEL/RECHTSVERBINDLICHE UNTERSCHRIFT DES ANTRAGSTELLENDEN UNTERNEHMENS
ORT/DATUM	

* Zutreffendes bitte ankreuzen.

** Bitte Datum eintragen bzw. die beantragten De-minimis-Beihilfen als „beantragt“ kennzeichnen

*** Bitte Art der De-minimis-Förderung eintragen bzw. auswählen am PC: Allgemeine, Agrar, Fisch oder DAWI

¹ In Deutschland entspricht das Kalenderjahr dem Steuerjahr.

² Wie hoch die Summe der Beträge der von Ihnen bisher erhaltenen „De-minimis“- Beihilfen ist (Beihilfe-/Subventionswerte), können Sie den in dem betreffenden Zeitraum erhaltenen „De-minimis“-Bescheinigungen in der Anlage zu den Zuwendungsbescheiden/Verträgen entnehmen.